



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 21. Juni 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 563 Anfrage Hartmann Armin und Mit. über den Umzug der Dienststelle Landwirtschaft und Wald an den Seetalplatz und Sursee als zweites Zentrum des Kantons / Finanzdepartement i. V. mit Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 563, die Botschaft B 69, die Anfrage A 455 von Daniel Keller über das kantonale Verwaltungsgebäude in Emmen und die Anzahl der Arbeitsplätze, die Anfrage A 474 von Dieter Haller über mögliche Auswirkungen von Homeoffice-Plätzen auf das kantonale Verwaltungsgebäude in Emmen, die Anfrage A 505 von Josef Wyss über coronabedingte Veränderung der Arbeitsmodelle und deren Auswirkung auf das zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz, die Anfrage A 531 von Pius Müller über muss die Volksabstimmung zum Bau eines kantonalen Verwaltungsgebäudes mit 1300 Büroarbeitsplätzen am Seetalplatz sistiert werden? und das Postulat P 517 von Meta Lehmann über Photovoltaikmodule an der Fassade des zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz werden als Paket behandelt.

Weitere Voten sind im Protokoll der [Botschaft B 69](#) und der [Anfrage A 531](#) zu finden. Armin Hartmann ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Armin Hartmann: Ich danke der Regierung für die Antwort. Vieles sehe ich ähnlich. Natürlich kann es nicht sein, dass man erst dann zügeln darf, wenn alle einverstanden sind. Darum geht es mir überhaupt nicht. Veränderung ist im Leben nötig, und aus diesem Grund unterstütze ich das Bauprojekt insgesamt. Bei der Beurteilung der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) komme ich jedoch zu einem anderen Ergebnis, und damit bin ich nicht allein, denn im Rahmen des Projektierungskredites hat die Regierung eine Beurteilung gemacht und kam damals zum Schluss, dass die Lawa nicht umziehen soll. Dem haben wir hier im Rat so zugestimmt. Diese Beurteilung hat sich mittlerweile geändert, das ist legitim, aber es zeigt, dass die Lawa am Seetalplatz nicht einfach gottgegeben oder eben Regierungsrat-gegeben ist. Es gibt mehrere Punkte, welche ich anders beurteile, als dies die Regierung in der Antwort ausführt, zum Beispiel das Argument der Reisekosten: Ich glaube nicht, dass die Reisekosten sogar noch zurückgehen, wie es die Regierung erklären will. Ich hoffe doch, dass das Verwaltungspersonal mehr bei den Kunden ist als in der Verwaltung. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Elemente, welche die Lawa zu beraten hat, sich auf der Landschaft befinden. Warum die Reisekosten dann sinken sollen, kann ich nicht verstehen. Auch das regionalpolitische Argument zum Standort Sursee beurteile ich anders. Als man die Lawa nach Sursee versetzt hat, erfolgte dies mit Pauken und Trompeten. Man muss und darf sagen, dass sich die Regierung dort ganz schön zum Fenster hinausgelehnt und mit Stolz gesagt hat, dass die Lawa nach Sursee gehört. Diese Entscheidung nach so kurzer Zeit wieder zu überdenken, beurteile ich als falsch, weil es hier insgesamt auch um ein Symbol geht. Was ist wichtiger: der Kontakt zu den Kunden, der Kontakt zur Landschaft

oder der Kontakt zur eigenen Verwaltung? Diese Frage beantworte ich für mich klar. Dies ist für mich auch die Quintessenz der Antwort der Regierung. Die Lawa gehört nicht an den Seetalplatz, sondern in das zweite Zentrum dieses Kantons, nach Sursee.

Sara Muff: Aus Sicht der SP macht es Sinn, dass die Lawa ins neue Verwaltungsgebäude am Seetalplatz umzieht. Gerade die Lawa hat sehr viele Schnittstellen zu anderen Dienststellen, und so kann die Kollaboration deutlich verbessert und effizienter gestaltet werden. Durch die Schaffung sogenannter Hubs, wie sie auch in Sursee angedacht sind, wird für die Mitarbeitenden der Dienststelle die Option geschaffen, auch in anderen Regionen zu arbeiten. Dies begrüßen wir, da sich dezentrale Arbeitsorte auch positiv auf die Mobilität auswirken können. Weiter kann durch diese Massnahme die Bürgerinnennähe erhöht werden. Zudem bleiben so kantonale Arbeitsplätze auch in Sursee erhalten, dem Regionalzentrum des Kantons Luzern. Wie die Antwort der Regierung aufzeigt, ist Sursee bereits der Standort von diversen kantonalen Dienststellen und Organisationseinheiten. Dass der Kanton Luzern Sursee als Regionalzentrum finanziell unterstützt, zum Beispiel beim Bau des Bushubs inklusive Bahnhofplatz und der neuen unterirdischen Velostation mit 1050 Abstellplätzen, erachten wir als sinnvoll. Es handelt sich hierbei um Investitionen in eine ökologischere Mobilität. Gerade in Anbetracht der wichtigen Themen wie Klimaschutz, Klimaadaptation oder Biodiversitätsförderung sehen wir es als Benefit, wenn die darin involvierten Dienststellen unter einem Dach vereint sind. Nur so kann jede angestellte Person in einem optimalen Setting ihren Beitrag für einen nachhaltigen, ökologischeren Kanton leisten. Wir wissen alle, dass wir noch viel zu tun haben, gerade in Anbetracht der Erreichung unserer Klimaziele.

Fabrizio Misticoni: Der Regierungsrat beantwortet die Fragen bezüglich der Befürchtungen des Anfragenden aus unserer Sicht sehr ausführlich und auch schlüssig. Wir teilen die Einschätzung der Regierung, dass der Umzug der Lawa kein Verlust an Kundennähe mit sich bringen würde, sondern im Gegenteil viele Vorteile hätte. Die Zusammenarbeit wird verbessert, insbesondere der informelle Austausch unter den Mitarbeitenden über die Departementsgrenzen hinweg. Das führt zu weniger Doppelspurigkeiten, mehr Effizienz und vor allem auch zu einem grossen Mehrwert in der fachlichen Arbeit. Das gilt für alle Dienststellen, insbesondere aber auch für die Lawa, weil sie viele Querschnittaufgaben und Abklärungen innerhalb des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes (BUWD) übernimmt. Wichtig ist dabei aber auch, dass es möglich sein muss, den Standort Sursee, aber auch allgemein gewisse Standorte als kleine Satelliten für punktuelle Geschäfte und Besprechungen beizubehalten, so wie es in der Antwort zu Frage 2 angetönt wird und wie es Regierungspräsident Reto Wyss vorher bekräftigt hat. Jetzt setze ich doch noch einmal kurz die regionale, lokalpolitische Brille auf: Die Anfrage enthält aus meiner Sicht eine sehr berechtigte Frage, welche unabhängig vom Umzug der Lawa zu beachten ist, nämlich diejenige nach der Zukunft und der Entwicklung des zweiten Zentrums Sursee. Die Antwort der Regierung zeigt sachlich auf, wie die Entscheide jeweils entstanden sind, welche zu einer gewissen Schwächung des Standortes Sursee geführt haben. Sie zeigt auch gut auf, wie viele kantonale Stellen in Sursee angesiedelt sind und welche Projekte in Zukunft mitfinanziert werden. Die von Kantonsrat Armin Hartmann angesprochene Frage bezüglich der Tendenz zu einer blossen Entscheidung zwischen der Region Luzern oder der Region Luzern West wird leider trotzdem nicht befriedigend beantwortet. Hier erhofft sich die Region mit Agglomerationspotenzial, wie sie häufig bezeichnet wird, ein stärkeres Commitment.

Martin Birrer: Die Fragen von Armin Hartmann zeigen auf, dass die Besetzung des zentralen Verwaltungsgebäudes viel Feingefühl abverlangt, ganz nach dem Motto: Man nimmt jemandem etwas weg und gibt es einem anderen. Zufrieden werden nie alle sein. Doch wir müssen uns fragen: Wollen wir alles an einem Ort, oder wollen wir das alte System beibehalten? Viele Landwirte wird es kaum stören, ob die Lawa in Emmen oder Sursee ist. Wenn man etwas braucht, ist man froh, wenn man nicht dorthin muss, sondern dies digital erledigen kann. Wenn man dann doch einmal die Dienststelle besuchen muss, spielt es keine Rolle, ob diese in Sursee oder Emmen ist. Dass der Luzerner Bauernverband (LBV)

die Nähe der Lawa geschätzt hat, ist mir klar, doch auch der LBV wird sich an die neue Situation gewöhnen müssen. Bei den Vorteilen sticht für uns einer sicherlich hervor: alles unter einem Dach, die Dienststellen Raum und Wirtschaft (Rawi) und Umwelt und Energie (Uwe) sowie die Lawa gehören in das gleiche Gebäude, um den Austausch zwischen diesen einzelnen Büros zu fördern. Die FDP sieht diesem Umzug positiv entgegen.

Pius Müller: Wenn ich heute keine Antworten auf meine Anfrage A 635 erhalte, werde ich jetzt die vier Fragen stellen. Ich habe den Vorstoss am 11. Mai noch nicht dringlich eingereicht. Gemäss § 13 der Luzerner Kantonsverfassung (KV) hat die Aufgabenerfüllung bevölkerungsnah, wirksam und kostenbewusst zu erfolgen. Frage 1: Wie wird mit einem geplanten Abzug von Dienststellen aus Sursee (Landwirtschaft und Wald) und allenfalls aus anderen Regionen sichergestellt, dass die Vorgaben von § 13 der KV erfüllt werden? Frage 2: Welche Dienststellen werden noch ausserhalb der Stadt und Agglomeration Luzern weitergeführt, und um wie viele Arbeitsplätze handelt es sich dabei je Dienststelle? Frage 3: Wie kann garantiert werden, dass auch die Arbeitsplätze der beiden Grundbuchämter Luzern West und Luzern Ost in Schüpfheim beziehungsweise in Hochdorf verbleiben? Die letzte Frage: Rechnet der Regierungsrat allenfalls mit einer Klage wegen Nichteinhaltung von § 13 der KV in Zusammenhang mit dem Zusammenzug der Verwaltung in Emmen?

Josef Wyss: Ich bin mit den Antworten der Regierung auf diese Anfrage sehr zufrieden. Ich teile auch die Sicht von Martin Birrer, dass wahrscheinlich genau diese Dienststelle das Potenzial für grosse Synergieeffekte erzielen kann. Dass sich dadurch gewisse Mitarbeiter, allenfalls aber auch Kunden bewegen und einen anderen Ort aufsuchen müssen, ist nachvollziehbar. Das ist ein Punkt des Wandels, den man akzeptieren muss. Es ist wichtig, dass ein solcher Wechsel begleitet wird, aber ich habe diesbezüglich keine Bedenken. Zum Standort Sursee: Ich bin überzeugt, dass der Standort Sursee schon heute ein wichtiges Zentrum ist. Ich bin auch überzeugt, dass, wenn allenfalls dort Räumlichkeiten frei werden, die nicht für den regionalen Hub genutzt werden, diese innert Kürze von Gewerbe, Industrie oder Dienstleistungen genutzt werden. Vielleicht ist Sursee gar nicht so unglücklich, wenn mehr Privatwirtschaft in die Umgebung kommt und weniger öffentliche Verwaltung. Das kann durchaus eine grosse Chance für diese Region sein.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich nehme gerne zu einigen Punkten Stellung. Ich habe es vorhin bereits gesagt, die Lawa am Seetalplatz ist eine Frage der Prioritäten. Wir sind überzeugt, dass es sehr wichtig ist, dass wir innerhalb des BUWD die Absprache und den Austausch zwischen den Dienststellen vereinfachen und intensivieren. Wir sehen darin einen sehr grossen Nutzen für die Bevölkerung. Es ist eine zentrale Erwartung, dass sich die Mitarbeitenden der Verwaltung untereinander gerade in einem Bereich absprechen, wo eine sehr intensive Koordination erforderlich und zielführend ist. Mit den Hubs ermöglichen wir Flexibilität: Wenn jemand einen Termin auf der Landschaft hat, dann kann er auch zukünftig am Morgen im Hub seinen Arbeitstag beginnen, dann den Termin in der Region wahrnehmen und anschliessend den Arbeitstag im Hub beenden. Diesem Anliegen kommen wir nach. Es wurde von Kantonsrat Martin Birrer gesagt, dass die Kontakte mit der Landwirtschaft vor Ort auf der Dienststelle relativ bescheiden sind. Wir sind klar der Meinung, dass eine effiziente Dienstleistung gewünscht wird. Das ist auch nachvollziehbar, aber es ist nicht so wichtig, wo diese erfolgt. Ich komme gerne auf die Fragen von Kantonsrat Pius Müller zu sprechen, die ich gerne beantworte: Es wurde nach der Erfüllung der Kantonsverfassung gefragt. Sie haben es selber gesagt: «bevölkerungsnaher Dienstleistung». Das ist aber in der Kantonsverfassung nicht geografisch gemeint, sondern im Sinn einer effizienten und zielführenden Dienstleistung. Mit den Arbeitsplätzen in den Regionen haben verschiedene Dienststellen die Möglichkeit, in den Regionen tätig zu sein und vielleicht auch einmal eine Besprechung in der Dienststelle in einem Sitzungszimmer in dieser Region durchzuführen. Das ist sehr bürgerfreundlich und bürgernah. Wir sehen hier keinen Konflikt mit der Kantonsverfassung. Zur Frage, was in den Regionen noch aufrechterhalten wird: Ich bitte Sie, die Relationen zu betrachten. Wir sprechen hier von rund 1400 Arbeitsplätzen, die aus der Stadt und der Agglomeration am Seetalplatz konzentriert werden. Aber rund

4400 Arbeitsplätze in den Regionen werden dort verbleiben. Wir haben im Bereich Verkehr und Infrastruktur das Strasseninspektorat Zentras, die Zentren der Dienststelle Asyl und Flüchtlingswesen, die Luzerner Polizei, die Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug, die Staatsanwaltschaft, das Staatsarchiv, das Strassenverkehrsamt und die Gerichte, die in den Regionen verbleiben. Nicht zu vergessen sind die kantonalen Schulen: Wir haben verschiedene heilpädagogische Zentren, acht Kantonsschulen, vier Berufsbildungszentren, Fach- und Wirtschaftsmittelschulzentren und weitere. In den Regionen gibt es zahlreiche Arbeitsplätze, die erhalten bleiben, und es wird im Verhältnis zu den rund 4500 Arbeitsplätzen, die an verschiedenen Orten verbleiben, mit 1400 Arbeitsplätzen eine vertretbare Anzahl am Seetalplatz konzentriert. Zu den Grundbuchämtern: Es ist offen ausgewiesen, dass das Grundbuchamt Luzern Ost an den Seetalplatz kommen soll, aber keine weiteren Grundbuchämter. Zur Schlussfrage, ob wir mit einer Klage rechnen würden: Nein, damit rechnen wir nicht. Die Begründung habe ich bereits aufgezeigt. Wir sind klar der Meinung, dass die Kantonsverfassung in keiner Art und Weise tangiert ist, und überzeugt, dass wir den Anliegen der Verfassung genügend Rechnung tragen.